

1. Sitzung

Freitag, den 18. Mai 2001

Mainz, Deutschhaus

Eröffnung durch den Alterspräsidenten	5
Namensaufruf der Abgeordneten.....	7
<i>Nach dem Namensaufruf der Abgeordneten durch die vorläufigen schriftführenden Abgeordneten, Abgeordnete Frau Morsblech und Abgeordneter Wiechmann, stellt Alterpräsident Anheuser fest, dass der Landtag beschlussfähig ist.</i>	
Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Landtags.....	10
dazu: Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP	
– Drucksache 14/2 –	
<i>Abgeordnete Frau Grützmacher begründet das Abstimmungsverhalten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.</i>	
<i>Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 14/2 – wird mit Mehrheit angenommen.</i>	
Wahl des Präsidenten des Landtags.....	11
<i>Auf Vorschlag des Abgeordneten Mertes wird der Abgeordnete Grimm einstimmig zum Präsidenten des Landtags gewählt.</i>	
Amtsübernahme durch den Präsidenten.....	12
Wahl der Stellvertreter des Präsidenten	14
<i>Abgeordneter Bruch schlägt für die Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, vier Vizepräsidenten zu wählen.</i>	
<i>Abgeordneter Jullien schlägt für die CDU-Fraktion vor, drei Vizepräsidenten zu wählen.</i>	
<i>Der Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird mit Mehrheit angenommen.</i>	
<i>Der Präsident stellt fest, dass vier Stellvertreter des Präsidenten zu wählen sind.</i>	

Der Abgeordnete Dr. Gerhard Schmidt wird auf Vorschlag des Abgeordneten Bruch einstimmig zum Stellvertreter des Präsidenten gewählt.

Als weitere Stellvertreterin des Präsidenten wird auf Vorschlag des Abgeordneten Jullien die Abgeordnete Frau Helga Hammer einstimmig gewählt.

Als weiterer Stellvertreter des Präsidenten wird auf Vorschlag des Abgeordneten Kuhn der Abgeordnete Jürgen Creutzmann einstimmig gewählt.

Als weitere Stellvertreterin des Präsidenten wird auf Vorschlag der Abgeordneten Frau Thomas die Abgeordnete Frau Friedel Grützmaker einstimmig gewählt.

Wahl der schriftführenden Abgeordneten.....15

dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/3 –

Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3 – wird einstimmig angenommen.

Genehmigung des Landtags gemäß Artikel 94 der Verfassung (Immunitätsangelegenheiten).....15

dazu: Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4 –

Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4 – wird einstimmig angenommen.

Wahl des Ministerpräsidenten16

Für die Wahl zum Ministerpräsidenten wird von dem Abgeordneten Mertes der Abgeordnete Beck vorgeschlagen.

Ergebnis nach geheimer Abstimmung: 56 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen.

Der Präsident des Landtags stellt die Wahl des Abgeordneten Beck zum Ministerpräsidenten fest.

Annahme der Wahl durch den Abgeordneten Beck.

Vereidigung des Ministerpräsidenten18

Bekanntgabe der durch den Ministerpräsidenten ernannten Ministerinnen und Minister.....18

Ministerpräsident Beck gibt bekannt, dass er gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung

<i>Herrn Hans-Artur Bauckhage</i>	<i>zum Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,</i>
<i>Herrn Walter Zuber</i>	<i>zum Minister des Innern und für Sport,</i>
<i>Herrn Gernot Mittler</i>	<i>zum Minister der Finanzen,</i>
<i>Herrn Herbert Mertin</i>	<i>zum Minister der Justiz,</i>
<i>Herrn Florian Gerster</i>	<i>zum Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit,</i>
<i>Frau Doris Ahnen</i>	<i>zur Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend,</i>
<i>Frau Klaudia Martini</i>	<i>zur Ministerin für Umwelt und Forsten,</i>
<i>Herrn Prof. Dr. Jürgen Zöllner</i>	<i>zum Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur</i>

ernannt hat.

Er bittet um Bestätigung der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung.

Ministerpräsident Beck gibt ferner bekannt, dass er gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung Herrn Staatsminister Hans-Artur Bauckhage zu seinem Stellvertreter bestimmt hat.

Vereidigung der Ministerinnen und Minister19

Bestätigung der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 der Verfassung.....20

Der Landtag erteilt mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der von Ministerpräsident Beck gebildeten Landesregierung die nach Artikel 98 Abs. 2 der Verfassung zur Übernahme der Geschäfte erforderliche ausdrückliche Bestätigung.

Zustimmung zur Ernennung eines stellvertretenden Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung20

Mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Landtag nach Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung der Bestimmung des Staatsministers Bauckhage zum stellvertretenden Ministerpräsidenten zu.

Festsetzung des nächsten Sitzungstermins (§ 20 Abs. 1 der Vorläufigen Geschäftsordnung).....20

Der Landtag kommt überein, dass die Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten am Montag, dem 21. Mai 2001, 9:30 Uhr, erfolgt.

Er kommt weiterhin überein, dass die Aussprache zu der Regierungserklärung am Dienstag, dem 22. Mai 2001, 9:30 Uhr, erfolgt.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Johannes Berg und Ulla Schmidt.

Rednerverzeichnis:

Alterspräsident Anheuser	5, 7, 10, 11
Abg. Beck, SPD:.....	17
Abg. Bruch, SPD:	14
Abg. Creutzmann, FDP:.....	15
Abg. Dr. Schmidt, SPD:	14
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	10, 15
Abg. Frau Hammer, CDU:.....	15
Abg. Frau Morsblech, FDP:	9, 10, 16, 17
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	14
Abg. Grimm, SPD:.....	11
Abg. Jullien, CDU:.....	14
Abg. Kuhn, FDP:	14
Abg. Mertes, SPD:.....	11, 15
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	7, 16
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	19
Beck, Ministerpräsident:.....	17, 18
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:.....	19
Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:	19
Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	19
Mertin, Minister der Justiz:	19
Mittler, Minister der Finanzen:	19
Präsident Grimm:	11, 14, 15, 17, 18, 19
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:	19
Zuber, Minister des Innern und für Sport:.....	19

1. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 18. Mai 2001

Die Sitzung wird um 10.59 Uhr von Alterspräsident Anheuser eröffnet.

Alterspräsident Anheuser:

Meine Damen und Herren, einer muss beginnen. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Eröffnung durch den Alterspräsidenten

Bei der konstituierenden Sitzung ist es in der Regel das an Lebensjahren älteste Mitglied des Landtags, das die Sitzung eröffnet. Mein Geburtstag ist der 23. März 1938. Mit Blick auf die Geburtstage kann ich feststellen:

1. Die Menschen werden dank Gottes und dank medizinischer Erfolge erfreulicherweise immer älter, der Alterspräsident des rheinland-pfälzischen Landtags aber immer jünger.
2. Zum fünften Mal in Folge ist der Alterspräsident erneut jünger als sein Vorgänger. Diese Serie wird am besten gestoppt, wenn ich Abgeordneter des 15. Landtags werde.

(Heiterkeit im Hause)

Ich weiß nicht, ob das zur Freude oder zum Ärger meiner Parteifreunde ist.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Offenkundig bin ich der Älteste in der Runde, sodass mir die Aufgabe des Alterspräsidenten zufällt.

Damit eröffne ich die konstituierende und erste Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz in der 14. Legislaturperiode. Ich heiße Sie alle recht herzlich willkommen und freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen aus der 13. Wahlperiode wieder zu sehen sind. Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich die neu gewählten Abgeordneten. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich begrüße und bedanke mich ganz besonders bei seiner Eminenz, Herrn Professor Dr. Dr. Karl Kardinal Lehmann, und natürlich auch bei Herrn Professor Dr. Peter Steinacker für den ökumenischen Gottesdienst, mit dem heute Morgen unsere Arbeit in der neuen Legislaturperiode eingeleitet wurde.

(Beifall im Hause)

Besonders bedanke ich mich für die musikalische Gestaltung beim Domorganisten, Herrn Albert Schönberger.

(Beifall im Hause)

Ich begrüße seine Exellenz, den Botschafter der Republik Ruanda, Herrn Laurient Ngirabanzi,

(Beifall im Hause)

den Doyen des Consularischen Corps, Herrn Generalkonsul Dr. Menter Sahinler,

(Beifall im Hause)

den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, Herrn Professor Dr. Karl-Friedrich Meyer,

(Beifall im Hause)

und die ehemaligen Präsidenten des rheinland-pfälzischen Landtags, Herrn Dr. Johann Baptist Rösler, Herrn Albrecht Martin und Herrn Dr. Heinz-Peter Volkert. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Genauso herzlich begrüße ich die ehemalige Vizepräsidentin des rheinland-pfälzischen Landtags, Frau Susanne Hermans. An dieser Stelle sei mir der Hinweis gestattet, dass fast vor genau 50 Jahren, jedoch um 15:00 Uhr, der rheinland-pfälzische Landtag erstmals im Deutschhaus versammelt war. Damals war neben Frau Hermans, Geburtsname Hillesheim, auch Frau Luise Herklotz dabei, die ebenfalls auf der Tribüne anwesend ist. Darüber hinaus habe ich Heinz Korbach gesehen, der in dieser Wahlperiode auch schon dem Landtag angehört hat. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich begrüße die Vizepräsidenten der vergangenen Wahlperiode, Herrn Peter Schuler und Herrn Hans-Günther Heinz,

(Beifall im Hause)

den Vorsitzenden des Vereins der ehemaligen Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags, Herrn Staatsminister a. D. Heinz Schwarz,

(Beifall im Hause)

und den Direktor beim Landtag a. D., Herrn Walter P. Becker.

(Beifall im Hause)

„Der Mensch ist frei.“ So klar und einfach formuliert können Rechtsgrundlagen sein, wie es am Anfang unserer Verfassung steht. Diesem obersten Ziel der Freiheit und Gerechtigkeit wollen wir all unser parlamentarisches Handeln unterwerfen.

Viele Probleme, die uns seit vielen Jahren beschäftigen, brennen uns noch heute unter den Nägeln. Manche dieser Probleme standen stärker im öffentlichen Bewusstsein, manche weniger.

Niemals gab es Aufgabenmangel, wohl aber Mangel an Lösungsansätzen und Lösungsmöglichkeiten. Damit will ich das Licht des rheinland-pfälzischen Landtags nicht unter den Scheffel stellen. Wir sollten aber deutlich machen, dass ein Parlament nicht auf alle Fragen fertige Antworten parat haben kann, sondern auch Eigenver-

antwortung der Bürgerinnen und Bürger nicht mit der Stimmabgabe am Wahltag endet.

Wer zu viel verspricht, wird enttäuschen und eklatant versagen. Deshalb sollten wir uns um Antworten redlich bemühen. Wir müssen um die besten Lösungen ringen. Wir müssen nicht nur mutig, tatkräftig und innovativ unsere Arbeit angehen, sondern auch ehrlich, selbstkritisch und redlich.

Die wichtigsten Arbeitsthemen haben bereits unsere Aussagen zur Landtagswahl beherrscht. Gegensätze in den demokratischen Zielen gibt es nicht, wohl aber Unterschiede bezüglich der Wege, diese Ziele zu erreichen. Ganz oben steht die Anstrengung, die Zukunft für die junge Generation, die in Bildung, Ausbildung und Beruf hineinwächst, und für die Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit ihre und die Existenz ihrer Familien sichern und gleichzeitig die Sorge für die Älteren und die sozial Benachteiligten übernehmen müssen, zu sichern. Ihnen gilt unsere Solidarität.

Wie kaum ein anderes politisches Thema ist die Bildungspolitik in den vergangenen Jahren auf der Seite der landespolitischen Aufgaben nach oben gerückt. Über diese Entwicklung sind wir alle hoch erfreut. Schließlich legen solide Bildung und Ausbildung mit einer wertorientierten Erziehung die Grundlage für eigene Zufriedenheit und gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt.

Wenn es auch lange verdrängt wurde, so hat es unter anderen die internationale Vergleichsstudie TIMS an den Tag gebracht, dass wir im Bereich der Bildung erheblichen Nachholbedarf haben. In dieser Legislaturperiode sollten wir mit Nachdruck an der Lösung des Problems arbeiten.

Ohne Fleiß kein Preis. Oder: Ohne Leistung kein Erfolg! Der Leistungsgedanke ist nach einer Periode der Vernachlässigung wieder stärker in den Vordergrund getreten, und das ist gut so. Leistung ist eine Sozialpflicht. Nur durch eine individuelle Leistung, die den Eigenbedarf übersteigt, kann sozialer Ausgleich geschaffen werden. Individuelle Leistung ist auch Voraussetzung für Güter und Dienste, die der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt. Gerade diese sozial orientierte Leistung ist die Grundlage unseres Zusammenlebens in Freiheit und Gerechtigkeit.

Dieser Leistungsgedanke durchzieht das Bildungswesen ebenso wie das ehrenamtliche Engagement und das Berufsleben des Einzelnen. Der Wille zur Leistung allein reicht aber nicht aus. Es muss auch Möglichkeiten geben, diese Leistungen zu erbringen. Der Rahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen muss derart gestaltet sein, dass Zukunft tatsächlich gesichert werden kann. Die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz wird in den nächsten fünf Jahren von ausschlaggebender Bedeutung sein. Dies gilt nicht nur für die Ballungsgebiete, sondern auch für den ländlichen Raum.

Von besonderer Bedeutung werden neben der verkehrstechnischen Infrastruktur die Rahmenbedingungen zur Teilhabe an der rasanten Entwicklung in der Informations- und Kommunikationstechnologie sein. Das ist eine Herausforderung an den Bildungssektor, an die Wirt-

schaftspolitik und an das weite Feld effizienter Verwaltungen.

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, es müssen auch Werte sein.“ Wir müssen als Parlament im Reden, im Handeln und im Beispielgeben darauf achten, dass wir uns stets innerhalb des in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft akzeptierten Wertekanons bewegen. Ein sorgfältiges Studium unserer Landesverfassung gibt gerade auch in diesem Fall Orientierung. Die Diskussion über Werte muss alle Bereiche umfassen.

Gleichwohl greife ich einen Aspekt wegen der aktuellen öffentlichen Diskussion heraus. Dieser Landtag muss und wird sich mit allem Nachdruck gegen Gewalt zur Wehr setzen,

(Beifall im Hause)

sowohl Gewalt im gesellschaftlichen Verhalten im Allgemeinen als auch als Mittel zur Erreichung politischer Ziele im Besonderen. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, aus welcher Richtung solche Gewalt kommt. Gewalt gegen Menschen und Sachen wird geächtet und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

(Beifall im Hause)

Ich bin mir ganz sicher, dass auch der neu gewählte rheinland-pfälzische Landtag in dieser Frage große Einmütigkeit zeigen wird.

Vor uns liegen fünf wichtige Jahre, in denen wir zeigen wollen, dass wir die Herausforderungen ernst nehmen und zu deren Lösung Verstand, Fleiß, Ideenreichtum, aber auch Herz einzubringen bereit sind. Das Herz gilt den Menschen, gilt dem Engagement in der Sache, und das Herz gilt auch unserer Heimat, der wir uns verpflichtet fühlen.

Wir wollen bei aller Heftigkeit in der Detaildiskussion immer wieder an unseren Auftrag denken. Unterschiede müssen deutlich gemacht, die besten Lösungen erstritten und dann demokratisch beschlossen werden. Diese Diskussionen und Entscheidungsfindungen mögen im Geiste des politischen Wettbewerbs und mit Fairness und Anstand stattfinden. Nur so können wir es schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch künftig ihrem Parlament vertrauen.

Es sollte unser aller Ziel sein, einen Beitrag dazu zu leisten, dass bei der nächsten Landtagswahl die Wahlbeteiligung über dem Negativrekord dieser Wahl liegen wird. Immerhin haben am 25. März dieses Jahres ca. 1.145.000 Bürgerinnen und Bürger nicht gewählt. Vor fünf Jahren waren es noch rund 870.000 Menschen. Schon damals erschien uns diese Zahl viel zu hoch.

Ich bin hoffnungsvoll, dass wir gemeinsam durch die Entwicklung von Lösungskompetenz und verantwortungsvolles Beispiel im täglichen Leben sowie durch Tatkraft und Anstand unseren Beitrag zu einer stärkeren Bürgerbeteiligung an demokratischen Wahlen leisten werden.

Die Arbeit des Landtags in der 14. Wahlperiode sollte in erster Linie von Qualität geprägt sein. Nicht die Anzahl der Anfragen und Entwürfe, nicht die Länge oder die Lautstärke der Reden – wie das bei mir oft der Fall ist – werden entscheidend sein.

(Heiterkeit im Hause)

Was zählt, sind die Qualität der Inhalte und die Bereitschaft der jeweiligen Gegenseite, auf Sachargumente im Interesse des Landes sachbezogen zu reagieren.

Die Abgeordneten des Landtags – so heißt es in unserer Verfassung – sind Vertreter des ganzen Volkes. In diesem Sinne wollen wir mit Freude die neue Legislaturperiode angehen.

Zum Schluss zitiere ich die Worte meines rheinhessischen Winzerkollegen und Alterspräsidenten vom 18. Mai 1967, Jean Beckenbach – er war damals 70 Jahre alt –: „Dazu hat der Landtag meinen Segen.“

(Beifall im Hause)

Der Gute ist 95 Jahre alt geworden. Das habe ich von Herrn Zuber gehört, der sein Nachfolger ist.

Ich komme jetzt zur Berufung von zwei vorläufigen schriftführenden Abgeordneten. Nach dem ständigen Brauch des rheinland-pfälzischen Landtags werden die beiden jüngsten Abgeordneten zu schriftführenden Abgeordneten berufen. Dies sind der Abgeordnete Nils Wiechmann und die Abgeordnete Nicole Morsblech. Frau Morsblech, Herr Wiechmann, ich darf Sie bitten, neben mir Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, nach der Landesverfassung gehört es zu den Aufgaben des bisherigen Präsidenten, die Tagesordnung zur konstituierenden Sitzung aufzustellen. Daher ist für die heutige Sitzung von dieser Tagesordnung auszugehen. Gibt es Einwände gegen diese Tagesordnung? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit gilt sie als beschlossen und dient heute als Grundlage für unsere Sitzung.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Namensaufruf der Abgeordneten

Herr Wiechmann, bitte beginnen Sie.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(schriftführender Abgeordneter):

Dr. Walter Altherr

(Dr. Altherr, CDU: Anwesend!)

Peter Anheuser

(Anheuser, CDU: Hier!)

Christian Baldauf

(Baldauf, CDU: Ja!)

Hans-Artur Bauckhage

(Bauckhage, FDP: Ja!)

Christine Baumann

(Frau Baumann, SPD: Ja!)

Kurt Beck

(Beck, SPD: Ja!)

Johannes Berg

Alterspräsident Anheuser:

Ich teile mit, dass Herr Kollege Johannes Berg sehr, sehr schwer erkrankt ist. Ich wünsche unserem Kollegen Johannes Berg von dieser Stelle aus alles Gute und hoffe, dass wir ihn bald wieder sehen.

(Beifall im Hause)

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(schriftführender Abgeordneter):

Michael Billen

(Billen, CDU: Ja!)

Franz Josef Bischel

(Bischel, CDU: Hier!)

Christoph Böhr

(Böhr, CDU: Ja!)

Hans-Josef Bracht

(Bracht, CDU: Ja!)

Dr. Bernhard Braun

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Ulla Brede-Hoffmann

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja!)

Ernst-Günter Brinkmann

(Brinkmann, SPD: Ja!)

Karl Peter Bruch

(Bruch, SPD: Ja!)

Dieter Burgard (Burgard, SPD: Ja!)	Christoph Grimm (Grimm, SPD: Ja!)
Jürgen Creutzmann (Creutzmann, FDP: Ja!)	Marianne Grosse (Frau Grosse, SPD: Ja!)
Peter Wilhelm Dröscher (Dröscher, SPD: Ja!)	Friedel Grütmacher (Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)
Petra Elsner (Frau Elsner, SPD: Hier!)	Helga Hammer (Frau Hammer, CDU: Ja!)
Dr. Peter Enders (Dr. Enders, CDU: Ja!)	Klaus Hammer (Hammer, SPD: Ja!)
Guido Karl Ernst (Ernst, CDU: Ja!)	Roland Härtel (Härtel, SPD: Ja!)
Günter Eymael (Eymael, FDP: Ja!)	Jochen Hartloff (Hartloff, SPD: Ja!)
Monika Fink (Frau Fink, SPD: Ja!)	Heribert Heinrich (Heinrich, SPD: Ja!)
Rudolf Franzmann (Franzmann, SPD: Jawohl!)	Hendrik Hering (Hering, SPD: Ja!)
Lutz Frisch (Frisch, CDU: Ja!)	Michael Hörter (Hörter, CDU: Ja!)
Alexander Fuhr (Fuhr, SPD: Ja!)	Simone Huth-Haage (Frau Huth-Haage, CDU: Ja!)
Manfred Geis (Geis, SPD: Ja!)	Gerd Itzek (Itzek, SPD: Ja!)
Dr. Edmund Geisen (Dr. Geisen, FDP: Ja!)	Herbert Jullien (Jullien, CDU: Ja!)
Florian Gerster (Gerster, SPD: Ja!)	Josef Keller (Keller, CDU: Ja!)
Dr. Georg Gölter (Dr. Gölter, CDU: Jawohl!)	Elke Kiltz (Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)
Ute Granold (Frau Granold, CDU: Ja!)	Anne Kipp (Frau Kipp, SPD: Ja!)

Hannelore Klamm (Frau Klamm, SPD: Ja!)	Nicole Morsblech (Frau Morsblech, FDP: Ja!)
Dieter Klöckner (Klöckner, SPD: Ja!)	Abg. Frau Morsblech, FDP (schriftführende Abgeordnete):
Marlies Kohnle-Gros (Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja!)	Ich darf fortfahren: Manfred Nink (Nink, SPD: Ja!)
Manfred Kramer (Kramer, CDU: Ja!)	Renate Pepper (Frau Pepper, SPD: Ja!)
Werner Kuhn (Kuhn, FDP: Ja!)	Carsten Pörksen (Pörksen, SPD: Ja!)
Matthias Lammert (Lammert, CDU: Ja!)	Fritz Presl (Presl, SPD: Ja!)
Erhard Lelle (Lelle, CDU: Ja!)	Heike Raab (Frau Raab, SPD: Ja!)
Ruth Leppla (Frau Leppla, SPD: Ja!)	Günther Hans Ramsauer (Ramsauer, SPD: Ja!)
Roger Lewentz (Lewentz, SPD: Ja!)	Axel Redmer (Redmer, SPD: Ja!)
Alexander Licht (Licht, CDU: Ja!)	Beate Reich (Frau Reich, SPD: Ja!)
Reiner Marz (Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)	Sigurd Remy (Remy, SPD: Ja!)
Joachim Mertes (Mertes, SPD: Hier!)	Günter Rösch (Rösch, SPD: Ja!)
Herbert Mertin (Mertin, FDP: Anwesend!)	Dr. Josef Rosenbauer (Dr. Rosenbauer, CDU: Ja!)
Gernot Mittler (Mittler, SPD: Ja!)	Erwin Rüdell (Rüdell, CDU: Ja!)
Norbert Mittrücker (Mittrücker, CDU: Ja!)	Dr. Dieter Schiffmann (Dr. Schiffmann, SPD: Hier!)
Margit Mohr (Frau Mohr, SPD: Ja!)	Barbara Schleicher-Rothmund (Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Ja!)

Dr. Gerhard Schmidt

(Dr. Schmidt, SPD: Ja!)

Ulla Schmidt

Alterspräsident Anheuser:

Fehlt entschuldigt!

Abg. Frau Morsblech, FDP,
(schriftführende Abgeordnete):

Astrid Schmitt

(Frau Schmitt, SPD: Ja!)

Dieter Schmitt

(Schmitt, CDU: Ja!)

Dr. Peter Schmitz

(Dr. Schmitz, FDP: Ja!)

Heinz-Hermann Schnabel

(Schnabel, CDU: Ja!)

Christine Schneider

(Frau Schneider, CDU: Ja!)

Angela Schneider-Forst

(Frau Schneider-Forst, CDU: Ja!)

Herbert Schneiders

(Schneiders, CDU: Ja!)

Gerd Schreiner

(Schreiner, CDU: Ja!)

Franz Schwarz

(Schwarz, SPD: Ja!)

Harald Schweitzer

(Schweitzer, SPD: Ja!)

Hiltrun Siegrist

(Frau Siegrist, SPD: Ja!)

Anne Spurzem

(Frau Spurzem, SPD: Ja!)

Norbert Stretz

(Stretz, SPD: Ja!)

Hedi Thelen

(Frau Thelen, CDU: Ja!)

Ise Thomas

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Dr. Adolf Weiland

(Dr. Weiland, CDU: Hier!)

Mathilde Weinandy

(Frau Weinandy, CDU: Ja!)

Thomas Weiner

(Weiner, CDU: Ja!)

Nils Wiechmann

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Walter Wirz

(Wirz, CDU: Hier!)

Walter Zuber

(Zuber, SPD: Anwesend!)

Alterspräsident Anheuser:

Vielen Dank, Frau Morsblech und Herr Wiechmann. Ich stelle fest, dass der Landtag beschlussfähig ist.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
des Landtags**

dazu:

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

– Drucksache 14/2 –

Der Antrag ist als Drucksache auf Ihren Plätzen verteilt worden. Wird gewünscht, den Antrag zu begründen? – Frau Grützmaker hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz begründen, weshalb wir uns heute bei dem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung der Stimme enthalten werden: In dem Antrag wird auch der Neuzuschnitt der Ausschüsse festgelegt. Wir von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN sind der Meinung und wollen auch dafür werben, dass in der kommenden Legislaturperiode ein Ausschuss einge-

richtet werden soll, der sich mit den Fragen der Integration und Migration beschäftigt.

Wenn die Geschäftsordnung diskutiert wird, werden wir auf die anderen Fraktionen zugehen und dafür werben, dass sie einem solchen Antrag zustimmen. Ich will auch kurz begründen, weshalb wir diesen Ausschuss einrichten möchten.

In der vorhergehenden Legislaturperiode haben wir eine Anhörung zur Integration durchgeführt. Ich halte fest, dass die damalige Anhörung einem Antrag von allen vier Fraktionen zu Grunde lag. Es zeigt sich also, dass das ein Thema ist, das alle Fraktionen sehr beschäftigt.

In der Anhörung hat sich aber auch gezeigt, dass die Integration ein Querschnittsthema ist. Da ist nicht nur der Innenausschuss, der sich traditionell mit diesen Themen befasst, gefragt – denn da geht es meistens nur um ausländerrechtliche Fragen –, sondern es sind auch der Bildungsausschuss, der Sozialausschuss und der Wirtschaftsausschuss gefragt. Es handelt sich also wirklich um eine Querschnittsaufgabe.

In Nordrhein-Westfalen gibt es schon in der zweiten Legislaturperiode einen Ausschuss für Integrations- und Migrationsangelegenheiten. Dort hat man gesehen, dass das ein sehr fruchtbarer Ausschuss ist, in dem auch viele Dinge im Konsens beschlossen werden.

Als letzten Grund möchte ich noch nennen, dass die Einwanderungsdebatte in der nächsten Zeit besonders auf der Bundesebene die Diskussion bestimmen wird. Die davon ausgehenden Auswirkungen sind aber auch für die Landesebene sehr wichtig. Deshalb werden wir diesen Antrag einbringen und uns bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alterspräsident Anheuser:

In dem Antrag – Drucksache 14/2 – wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er eine Vorläufige Geschäftsordnung zum Inhalt hat. Unter III wird auch erwähnt, dass der Rechtsausschuss beauftragt wird, einen Vorschlag für die endgültige Fassung der Geschäftsordnung vorzulegen.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 14/2 – abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Mit dieser Annahme haben Sie die Vorläufige Geschäftsordnung in Kraft gesetzt und damit die Ausschüsse so weit auf den Weg gebracht.

Wir kommen zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Wahl des Präsidenten des Landtags

Ich bitte um Wahlvorschläge.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schlage Ihnen Herrn Abgeordneten Christoph Grimm für das Amt des Präsidenten des Landtags vor.

Alterspräsident Anheuser:

Vielen Dank. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Ich schlage vor, dass wir über diesen Vorschlag offen abstimmen.

Herr Christoph Grimm ist als Kandidat benannt worden. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Die Gegenprobe entfällt. Ich stelle fest, dass Herr Abgeordneter Christoph Grimm mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten gewählt ist.

(Beifall im Hause)

Herr Grimm, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Grimm, SPD:

Ich nehme die Wahl an.

Alterspräsident Anheuser:

Ich gratuliere Ihnen herzlich. Sind Sie dann bitte so freundlich und lösen mich ab.

(Heiterkeit –
Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Amtsübernahme durch den Präsidenten

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe allen Grund, mich beim Herrn Alterspräsidenten für seine launige, aber auch **tief schürfende**, auf Probleme aufmerksam machende Rede zu bedanken. Es sind – das ließ sich nicht vermeiden – auch Themen angesprochen worden, die auch in meiner Rede thematisiert werden müssen. Die Bedeutung dieser Themen rechtfertigt das auch.

Meine Damen und Herren, Sie haben mich nun zum dritten Mal zum Präsidenten des Landtags gewählt. Für das große Vertrauen, das damit zum Ausdruck kommt,

danke ich Ihnen. Ich will sozusagen aus aktuellem Anlass hinzufügen: Trotz der einen oder anderen zuge- spitzten Diskussion in den letzten Tagen sichere ich Ihnen zu, dass wir zu einer sehr kollegialen, vertrauens- vollen Zusammenarbeit kommen werden.

Meine Damen und Herren, Sie haben mir Gelegenheit gegeben, eine Aufgabe fortzuführen, die ich - das haben Sie sicherlich bemerkt - in den vorangegangenen zwei Wahlperioden gern wahrgenommen habe. Ich werde meine Arbeit für dieses Parlament, für die Bürgerinnen und Bürger, mit dem gleichen Einsatz, mit der gleichen unveränderten Zielsetzung und natürlich mit der gebote- nen Überparteilichkeit, die das Amt fordert, fortsetzen.

„Überparteilich“ heißt natürlich nicht politisch indifferent. Daher werde ich mich auch weiter zu politischen Fragen äußern. Bei einem Präsidenten - das können Sie er- warten - sollte aber natürlich das Gemeinsame im Vor- dergrund stehen, nicht das Trennende.

Gestatten Sie, dass ich zunächst allen Kolleginnen und Kollegen danke, die aus dem Landtag ausgeschieden sind. Die meisten sind auch heute anwesend. Darunter sind viele, die durch ihre Arbeit und ihre Diskussionsbei- träge das Bild dieses Parlaments in den letzten Jahren wesentlich geprägt haben. Dies gilt vor allem für die beiden Vizepräsidenten der vorhergegangenen Wahlpe- riode, Herrn Peter Schuler und Herrn Hans-Günter Heinz. Ihnen vor allen Dingen, aber nicht nur Ihnen, sondern allen Kolleginnen und Kollegen danke ich für die kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall im Hause)

Ich wünsche Ihnen alles Gute für die nachparlamentari- sche Lebensphase.

In diesem Dank schließe ich alle Parlamentarier ein, die in den dreizehn bisherigen Wahlperioden des Landtags für unser Land gewirkt haben.

Sie alle haben einen wesentlichen Beitrag zur Entwick- lung der Demokratie im Land geleistet. Der Alterspräsi- dent hat bereits darauf hingewiesen, dass es genau auf den Tag 50 Jahre her ist, dass der rheinland-pfälzische Landtag erstmals am Sitz der Landesregierung am Deutschhausplatz getagt hat. An dieses für das Parla- ment und die Landeshauptstadt Mainz wesentliche Da- tum erinnere ich an diesem Tag. Das Deutschhaus ist seitdem der zentrale Ort der politischen Debatte im Land.

Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute ganz be- sondere Gäste haben, nämlich Frau Susanne Hermans und Frau Luise Herklotz. Beide sind im Jahr 1951 erst- mals in den Landtag eingezogen. Sie sind auf ihre Wei- se immer noch politisch aktiv, wenn auch außerparla- mentarisch. Darüber freuen wir uns, und das wünschen wir uns noch sehr lange von Ihnen.

(Beifall im Hause)

Damals waren die beiden Damen fast ein Unikat. Weibliche Abgeordnete waren recht selten. Die Männergesell-

schaft war damals noch etwas ausgeprägter als heute. Dennoch sind Frauen heute noch nicht in dem Maße im Parlament vertreten, wie es wünschenswert wäre.

(Beifall im Hause)

Bei meiner Antrittsrede im Jahr 1996 habe ich die Hoff- nung formuliert, dass es mehr Frauen werden. Damals sind 30 Frauen in den Landtag eingezogen. In diesen Landtag sind leider nur 29 Frauen eingezogen. Meine Damen und Herren, es bleibt also noch viel zu tun.

Meine Damen und Herren, vor uns liegen - das ist eine Binsenweisheit - große Aufgaben, nicht nur parlamenta- rischer Art, sondern von fundamentaler politischer Be- deutung. Es ist eine sehr ernste Mahnung, dass die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl bei nur 62 % lag. Besonders bedrückend ist, dass nur die Hälfte der unter 35-Jährigen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat.

Wenn hieraus manche Wahlforscher den Schluss zie- hen, eine niedrige Wahlbeteiligung könne auch einen relativen Grad an Zufriedenheit widerspiegeln, so über- zeugt mich das überhaupt nicht. Studien belegen nicht nur ein noch weiter sinkendes politisches Interesse junger Menschen, sondern schlimmer noch, das Ver- trauen in die Parteien und politischen Institutionen ist beklagenswert niedrig.

Was das Parlament angeht, so ist es an uns, einen Beitrag dazu zu leisten, verlorenes Terrain wieder zu gewinnen. Dabei spielen die Kultur in der politischen Auseinandersetzung sowie die Form und der Inhalt der Debatte eine große Rolle. Die Demokratie ist die Staatsform des Wortes. Parlament kommt vom Lateinischen „Parlare“ und heißt sprechen.

Die Akzeptanz des politischen Systems beruht auch darauf, dass dem Wort und den Personen, die es benut- zen, vertraut wird. Dieses Vertrauen gewinnen und be- wahren wir aber nur dann, wenn der politische Gegner als Mensch und Kollege respektiert wird, und zwar allen tagespolitischen Interessen und politischen Meinungs- verschiedenheiten zum Trotz.

Dies muss sich auch in den Debatten des Parlaments widerspiegeln. Zu dieser Debattenkultur gehört auch die Fähigkeit zuzuhören. Dies ist sicher auch in diesem Hause noch ein klein wenig verbesserungswürdig. Für uns soll nicht gelten, was in der Apostelgeschichte fol- gendermaßen niedergeschrieben worden ist: „Dort schrien die einen dies, die anderen das, und die Ver- sammlung war in großer Verwirrung. Zum Schluss wussten die meisten nicht mehr, warum sie zusammen- gekommen waren.“

Meine Damen und Herren, ein bedeutender Staats- rechtler befürchtet, die Parteien könnten zu „Schwebegewächsen über der Gesellschaft“ verkümmern. Es liegt an uns, dies zu verhindern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Politik und das politische System sich nicht von der Gesellschaft abnabeln. Die Abgeordneten sollen - in den Worten des Politikwissenschaftlers Peter Lösche - gleichsam „grasverwurzelt“ in das gesellschaftliche Le-

ben eingebunden sein. Dort können sie Politik erfahrbar und Entscheidungen begreifbar machen.

Die Parlamente und ihre Abgeordneten müssen ihre Arbeit und ihre Rolle im Verfassungssystem immer wieder kritisch hinterfragen.

In der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ wurde vor kurzem die Frage aufgeworfen, ob die Talkshows und die politischen Diskussionsrunden im Fernsehen das nationale Forum von heute seien und ob diese dem Parlament seine Funktion als Ort der zentralen Debatte genommen hätten. Diese Gefahr besteht. Wenn die „zerstreuten Öffentlichkeiten“ in der breiten öffentlichen Meinung das Parlament abzulösen drohen, geht es an die Substanz unseres politisch-gesellschaftlichen Systems.

Daher ist es unsere vordringliche Aufgabe, das Parlament als jenen Ort der zentralen politischen Debatte in unserer Gesellschaft zu stärken. Dabei haben – dies erwähne ich nur am Rande – natürlich auch die Medien zu helfen.

Das Parlament muss der zentrale Ort des demokratischen Verfahrens, der Kontroverse, aber auch der Verständigung sein. Daran zu arbeiten, ist für unser politisches System überlebensnotwendig. Nur im Parlament kann hinreichend Öffentlichkeit hergestellt werden, aber nicht in Berater-, Koalitions- oder sonstigen Runden. Die öffentliche Diskussion ist deswegen so wichtig, weil – mit den Worten von Niklas Luhmann – „als Vollzug von Gesellschaft das Entscheidende als Kommunikation vollzogen werden muss“.

Meine Damen und Herren, auch auf anderen Feldern gibt es Herausforderungen, denen gegenüber sich das Parlament als Ganzes behaupten muss. An einem Tag wie heute, an dem der Ministerpräsident gewählt und die Landesregierung bestätigt wird und sich das mediale Interesse erfahrungsgemäß danach auf die Exekutive konzentriert, besteht Anlass, selbstbewusst auf die Fähigkeit dieses Parlaments zur Selbstreform hinzuweisen. Diese Fähigkeit ermöglicht es ihm, auch angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen seine Stellung gegenüber der Regierung und seine Rolle in der Staatsleitung zur gesamten Hand mit der Regierung zu behaupten.

Ich verweise auf die Maßnahmen zur Sicherung des Budgetrechts, mit denen die neuen Steuerungsmodelle in der Verwaltung des Landes begleitet werden und gleichzeitig die parlamentarische Kontrolle sichergestellt wird.

Die parlamentarische Kontrolle ist kein Selbstzweck, sondern als Element der Gewaltenteilung konstitutiv für unser demokratisches Gemeinwesen. In ihr wird die Selbstkontrolle des Staates sichtbar. Deshalb muss das Parlament mit aller Entschiedenheit einer Auszehrung seiner Kompetenzen und Instrumente entgegenwirken.

Dies ist uns meiner Meinung nach in der 13. Wahlperiode gelungen. Im Hinblick auf die Sicherung des Budgetrechts sind wir bundesweit Vorbild für andere.

Meine Damen und Herren, so gesehen ist der Landtag kein „trauriges Parlament“. So qualifizierte Ralf Dahrendorf einst den Deutschen Bundestag, und zwar, weil er seiner Meinung nach seine Aufgaben nicht hinreichend wahrnehme.

Wir nehmen unseren Verfassungsauftrag wahr, konstatieren aber, dass sich insoweit die Aufgaben ständig ändern und sich Schwerpunkte unserer Arbeit verschieben. So gesehen ist eine kritische Selbstreflexion dessen, was wir tun und was wir tun müssen, unverzichtbar. So wirft etwa der europäische Einigungsprozess nicht nur Fragen nach der Struktur der EU-Entscheidungsinstanzen auf. Es geht auch um den Stellenwert der nationalen Parlamente, in Deutschland wegen seiner föderalen Struktur, aber nicht nur um den Deutschen Bundestag, sondern auch darum, welche Rolle den Landtagen zur Sicherung der Demokratie in Europa zukommen soll.

Wie dringlich diese Diskussion ist, beweist die Debatte über eine Verfassung für die Europäische Union. Die Parlamente spielen darin – bisher jedenfalls – eine völlig untergeordnete Rolle. Die Exekutivlastigkeit des deutschen Föderalismus findet auf diese Weise auf europäischer Ebene ihre Fortsetzung. Das Europa der Regionen darf aber nicht allein ein Europa der Regionen-Regierungen werden.

Der Appell des ehemaligen Verfassungsrichters Kirchhof, „vor lauter Faszination an Europa“ dürfe die Demokratie nicht vernachlässigt werden, sollte gerade von den Länderparlamentariern als Handlungsauftrag begriffen werden; denn eine Schwächung der Parlamente bedeutet weniger Demokratie.

Ich warne allerdings vor dem weit verbreiteten Irrglauben, dass eine Stärkung des Europäischen Parlaments den Kompetenzverlust des Deutschen Bundestags und der Landtage kompensieren könnte. Es spricht wenig dafür, dass das Europäische Parlament in einem überschaubaren Zeitraum die Kompetenzen erhält, die die deutschen Parlamente nach Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit haben. Dieses Niveau an demokratischer Teilhabe gilt es zu sichern und auszubauen.

Dabei kann das Subsidiaritätsprinzip helfen, das als politisches Ordnungsprinzip unsere Verfassung prägt und auch Eingang in die europäischen Verträge gefunden hat. Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 4. April 2001 die Richtung vorgegeben: „Unser Bestreben sollte es sein, das Prinzip der Subsidiarität breiter zu verankern. Auf europäischer Ebene sollte nur das entschieden werden, was in den Mitgliedstaaten nicht besser erledigt werden kann. Das muss die Richtschnur sein!“ Auch für uns, den Landtag Rheinland-Pfalz, muss das Richtschnur sein.

Der rheinland-pfälzische Landtag hat am 14. Dezember 2000 einstimmig seine Absicht bekräftigt, aktiv an diesem Prozess teilzuhaben, vor allem aber an der für das Jahr 2001 vorgesehenen Verhandlung über die Rolle der Parlamente in der Architektur Europa mitzuwirken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die 14. Wahlperiode wird ganz entscheidend von dieser Aufgabe geprägt sein, sogar geprägt sein müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns allen eine ertragreiche 14. Wahlperiode im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Wahl der Stellvertreter des Präsidenten

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Bruch das Wort.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion schlägt einvernehmlich mit der Fraktion der FDP und – soweit ich informiert bin – mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dass wir vier Vizepräsidenten wählen, sodass jede Fraktion einen Vizepräsidenten bzw. eine Vizepräsidentin stellt.

Präsident Grimm:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, von dieser Stelle aus in Namen der CDU-Fraktion, aber auch persönlich, zu Ihrer Wahl zum Präsidenten des Landtags von Rheinland-Pfalz gratulieren. Sie haben eine kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit angeboten. Das kann ich von dieser Stelle aus erwidern.

Meine Damen und Herren, wir haben den Antrag zur Geschäftsordnung der SPD-Fraktion gehört, die Zahl der stellvertretenden Präsidenten auf vier – bisher waren es zwei – anzuheben. Die CDU-Fraktion schlägt die Wahl von drei stellvertretenden Präsidenten bzw. Präsidentinnen vor. Wir halten das für eine vernünftige, sachgerechte und funktionale Lösung.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Anträge liegen vor. Sie stimmen mir sicher zu, dass der weitergehende Antrag der Antrag ist, den Herr Kollege Bruch vorgetragen und begründet hat. Deshalb lasse ich über diesen zuerst abstimmen.

Wer dem Antrag, vier Vizepräsidenten zu wählen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Ich bitte um Wahlvorschläge und erteile Herrn Abgeordneten Bruch das Wort.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident! Für die SPD-Fraktion schlage ich den Abgeordneten Dr. Gerhard Schmidt vor.

Präsident Grimm:

Bitte schön, Herr Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Für die CDU-Fraktion schlage ich die Abgeordnete Frau Helga Hammer vor.

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Für die FDP-Fraktion schlage ich den Abgeordneten Jürgen Creutzmann vor.

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlage ich die Abgeordnete Frau Friedel Grützmaker vor.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Stellvertreter werden in getrennten Wahlgängen gewählt. Wir beginnen mit der Abstimmung über den Vorschlag der SPD-Fraktion. Wer Dr. Gerhard Schmidt seine Stimme geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Herr Dr. Schmidt, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich. Sie sind gerade einstimmig zum Vizepräsidenten des Landtags von Rheinland-Pfalz gewählt worden.

(Beifall im Hause)

Ich gehe davon aus, dass das keine Schrecksekunde war.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, ich bedanke mich für das Vertrauen und werde mich bemühen, im gemeinsamen Interesse die Arbeit des Präsidiums zu bereichern.

Präsident Grimm:

Daraus schließe ich, dass Sie die Wahl annehmen.

(Heiterkeit)

Für die Fraktion der CDU ist Frau Kollegin Helga Hammer vorgeschlagen. Wer sie wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig der Fall. Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin Hammer.

(Beifall im Hause)

Ich frage Sie förmlich: Nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Frau Hammer, CDU:

Herr Präsident, ich bedanke mich. Ich nehme die Wahl an.

Präsident Grimm:

Vielen Dank. Die FDP-Fraktion hat Herrn Kollegen Jürgen Creutzmann vorgeschlagen. – Wer ihn wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig der Fall.

Herr Kollege Creutzmann, ich gratuliere Ihnen und frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Creutzmann, FDP:

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich sehr herzlich für das damit verbundene Vertrauen.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Frau Thomas hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Friedel Grützmacher vorgeschlagen. Wer sie wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist ebenfalls einstimmig der Fall. Frau Kollegin Grützmacher, nehmen Sie die Wahl an?

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, vielen Dank. Ich nehme die Wahl an.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich. Meine Damen und Herren, nachdem das Präsidium nun komplett ist, rufe ich **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Wahl der schriftführenden Abgeordneten

dazu:

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/3 –

Wer stimmt dem Wahlvorschlag zu? – Das ist einstimmig der Fall. Sie haben sicherlich nichts dagegen, wenn die bewährte Schriftführung für diese Sitzung fortgesetzt wird. Das ist offenkundig der Fall.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Genehmigung des Landtags gemäß Artikel 94 der Verfassung (Immunitätsangelegenheiten)

dazu:

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4 –

Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist einstimmig der Fall. Ich bedanke mich.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Wahl des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Kurt Beck hat mich unter dem heutigen Datum schriftlich darüber informiert, dass die Landesregierung mit dem heutigen Tag ihren Rücktritt erklärt. Die Landesregierung wird die Geschäfte bis zur Bestätigung der neuen Landesregierung weiterführen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass aufgrund des Rücktritts der Landesregierung ein Ministerpräsident zu wählen ist. Ich frage das hohe Haus: Wer wird für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen?

Ich erteile Herrn Abgeordneten Joachim Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schlage Ihnen den Ministerpräsidenten Kurt Beck zur Wiederwahl vor. Ich füge hinzu, dass dieser kleine Satz sehr viele Anstrengungen erfordert hat, bis wir ihn hier vortragen konnten. Ich bitte das Haus, dem zuzustimmen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich informiere Sie nun über die Abstimmungsprozedur: Die am Präsidiumstisch sitzenden schriftführenden Abgeordneten werden die einzelnen Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Frau Kollegin Morsblech beginnt. Die Abgeordneten erhalten den von der Verwaltung vorbereiteten

Stimmzettel vom Präsidenten aus gesehen rechts vom Präsidiumstisch. Frau Kollegin Schneider und Herr Steinmetz sitzen dort schon bereit.

Sie haben in der Kabine zu wählen und dann Ihren Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen. Für die Durchführung der Wahlhandlung sind zusätzlich die schriffthührenden Abgeordneten Alexander Fuhr von der SPD und Frau Christine Schneider von der CDU eingeteilt, die von Mitarbeitern der Landtagsverwaltung unterstützt werden.

Die Verwaltung hat einen Stimmzettel vorbereitet, mit dem die Möglichkeit gegeben ist, den vorgeschlagenen Kandidaten durch Ankreuzen des Kästchens, vor dem „ja“ steht, zu wählen. Wer dagegen ist, kreuzt das Kästchen an, vor dem „nein“ steht. Außerdem ist die Möglichkeit gegeben, mit Enthaltung zu stimmen. Stimmzettel, auf denen kein Kästchen angekreuzt ist, sind ebenso ungültig wie Stimmzettel, die mehr als ein Kreuz enthalten.

Wir beginnen nun mit dem Aufruf der Abgeordnetennamen.

Abg. Frau Morsblech, FDP
(schrifthührende Abgeordnete):

Dr. Walter Altherr
Peter Anheuser

Christian Baldauf
Hans-Artur Bauckhage

Christine Baumann
Kurt Beck

Michael Billen
Franz Josef Bischel

Christoph Böhr
Hans-Josef Bracht

Dr. Bernhard Braun
Ulla Brede-Hoffmann

Ernst-Günter Brinkmann
Karl Peter Bruch

Dieter Burgard
Jürgen Creutzmann

Peter Wilhelm Dröscher
Petra Elsner

Dr. Peter Enders
Karl Guido Ernst

Günter Eymael
Monika Fink

Rudolf Franzmann
Lutz Frisch

Alexander Fuhr

Manfred Geis
Dr. Edmund Geisen
Florian Gerster

Dr. Georg Gölter
Ute Granold

Christoph Grimm
Marianne Grosse

Friedel Grüzmacher

Helga Hammer
Klaus Hammer

Roland Härtel
Jochen Hartloff

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(schrifthührender Abgeordneter):

Heribert Heinrich
Hendrik Hering

Michael Hörter
Simone Huth-Haage

Gerd Itzek
Herbert Jullien

Josef Keller
Elke Kiltz

Anne Kipp
Hannelore Klamm

Dieter Klöckner
Marlies Kohnle-Gros

Manfred Kramer
Werner Kuhn

Matthias Lammert
Erhard Lelle

Ruth Leppla
Roger Lewentz

Alexander Licht
Reiner Marz

Joachim Mertes
Herbert Mertin

Gernot Mittler
Norbert Mittrücker

Margit Mohr
Nicole Morsblech

Manfred Nink
Renate Pepper

Carsten Pörksen
Fritz Presl

Heike Raab
Günther Hans Ramsauer

Axel Redmer
Beate Reich

Sigurd Remy
Günter Rösch

Dr. Josef Rosenbauer
Erwin Rüdell

Dr. Dieter Schiffmann
Barbara Schleicher-Rothmund

Dr. Gerhard Schmidt
Ulla Schmidt

Astrid Schmitt
Dieter Schmitt

Dr. Peter Schmitz
Heinz-Hermann Schnabel

Christine Schneider

Abg. Frau Morsblech, FDP
(schriftführende Abgeordnete):

Angela Maria Schneider-Forst
Herbert Schneiders

Gerd Schreiner

Franz Schwarz
Harald Schweitzer

Hildrun Siegrist
Anne Spurzem

Norbert Stretz
Hedi Thelen

Ise Thomas
Dr. Adolf Weiland

Mathilde Weinandy
Thomas Weiner

Nils Wiechmann
Walter Wirz

Walter Zuber

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel ausgefüllt und abgegeben worden? – Ich stelle fest, dass alle Stimmzettel abgegeben worden sind. Der Wahlgang ist damit abgeschlossen. Die Auszählung kann beginnen.

(Die Stimmen werden ausgezählt)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ergebnis der Abstimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten liegt vor.

Abgegebene Stimmen: 99,

Gültige Stimmen: 99,

Ja-Stimmen: 56,

Nein-Stimmen: 43.

Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Kurt Beck mit der von der Verfassung vorgesehenen Mehrheit zum Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz gewählt worden ist.

(Anhaltend starker Beifall
im Hause)

Herr Abgeordneter Beck, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Beck, SPD:

Herr Präsident, ja, ich nehme die Wahl an.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

Vereidigung des Ministerpräsidenten

Ich bitte, sich vom Platz zu erheben.

(Die Anwesenden erheben
sich von den Plätzen)

Herr Ministerpräsident, sprechen Sie bitte die Eidesformeln nach:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Beck, Ministerpräsident:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Präsident Grimm:

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

Beck, Ministerpräsident:

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

Präsident Grimm:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen –

Beck, Ministerpräsident:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen –

Präsident Grimm:

– zum Wohl des Volkes führen werde.

Beck, Ministerpräsident:

– zum Wohl des Volkes führen werde, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Herr Ministerpräsident, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich im Namen des gesamten Hauses. Ich wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen.

Beck, Ministerpräsident:

Vielen herzlichen Dank, Herr Landtagspräsident.

(Anhaltend starker Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen die Sitzung des Landtags. Das Kabinett tritt nun zusammen. Im **Anschluss** an die Kabinettsitzung wird die Sitzung in spätestens dreißig Minuten wieder eröffnet.

Unterbrechung der Sitzung: 12:21 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 12:50 Uhr.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Bekanntgabe der durch den Ministerpräsidenten ernannten Ministerinnen und Minister

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedanke ich mich ganz herzlich für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Ich werde mich bemühen, ein Ministerpräsident für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Rheinland-Pfalz zu sein. Ich biete Ihnen allen in diesem hohen Hause, auch den

Damen und Herren der Opposition, an, in den unterschiedlichen Aufgabenstellungen, die wir in diesem Haus haben, eine faire Zusammenarbeit zu pflegen und damit einen gemeinsamen Beitrag zu leisten, um das Land Rheinland-Pfalz weiter nach vorn zu führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen mitzuteilen, wen ich als Mitglieder der neuen Landesregierung bestellt habe. Ich gebe Ihnen bekannt, dass ich gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 2 unserer Verfassung Herrn Hans-Artur Bauckhage zum Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ernannt und ihn zugleich gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung zu meinem Stellvertreter bestimmt habe.

Desweiteren habe ich

Herrn Walter Zuber
zum Minister des Innern und für Sport,

Herrn Gernot Mittler
zum Minister der Finanzen,

Herrn Herbert Mertin
zum Minister der Justiz,

Herrn Florian Gerster
zum Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit,

Frau Doris Ahnen
zur Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend,

Frau Klaudia Martini
zur Ministerin für Umwelt und Forsten,

Herrn Universitätsprofessor Dr. E. Jürgen Zöllner
zum Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

ernannt.

Sehr geehrter Herr Präsident, ich bitte Sie, die Vereidigung der Ministerinnen und Minister vorzunehmen. Weiter bitte ich Sie, durch das hohe Haus gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz die Bestätigung der Landesregierung und gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz die Zustimmung zur Bestellung meines Stellvertreters herbeizuführen.

Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu **Punkt 12** der Tagesordnung:

Vereidigung der Ministerinnen und Minister

Bitte erheben Sie sich von den Plätzen.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Ich verlese die Eidesformel komplett. Die Ministerinnen und Minister werden dann die Eidesformel bekräftigen.

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde, so wahr mir Gott helfe.“

Ich rufe nun Herrn Minister Hans-Artur Bauckhage auf.

Bekräftigen Sie bitte die Eidesformel.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Herzlichen Glückwunsch!

Herr Staatsminister Walter Zuber.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Herzlichen Glückwunsch!

Herr Gernot Mittler, Minister der Finanzen.

Mittler, Minister der Finanzen:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Herzlichen Glückwunsch!

Herr Herbert Mertin, Minister der Justiz.

Mertin, Minister der Justiz:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Herzlichen Glückwunsch!

Herr Florian Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit.

**Gerster, Minister
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Ich schwöre es.

Präsident Grimm:

Herzlichen Glückwunsch!

Frau Doris Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Herzlichen Glückwunsch!

Frau Klaudia Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Herzlichen Glückwunsch!

Herr Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur.

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder Platz.

Ich rufe nun **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Bestätigung der Landesregierung
gemäß Artikel 98 Abs. 2
der Verfassung**

Wer die Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 der Landesverfassung bestätigen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe! – Die Landesregierung ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gemäß Artikel 98 Abs. 2 der Landesverfassung bestätigt.

Wir kommen nun zu **Punkt 14** der Tagesordnung

**Zustimmung zur Ernennung eines stellvertretenden
Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 der
Verfassung**

Der Herr Ministerpräsident hat für diese Funktion Herrn Staatsminister Hans-Artur Bauckhage vorgeschlagen. Auch in diesem Fall stimmen wir durch Aufstehen vom Platz ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe! – Damit hat der Landtag von Rheinland-Pfalz seine Zustimmung zur Ernennung eines stellvertretenden Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegeben.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun noch zu einigen wenigen Formalien: Wir haben den nächsten Sitzungstermin festzusetzen. Entsprechend den Vereinbarungen zwischen den Fraktionen wird am Montag die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten abgegeben. Zu diesem Zweck rufe ich den Landtag auf Montag, den 21. Mai 2001, 9:30 Uhr, ein.

Die Aussprache zu der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten findet am Dienstag, den 22. Mai 2001, um 9:30 Uhr statt.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Die erste Sitzung des Ältestenrats findet im Anschluss an diese Sitzung im neuen Medien- und Besucherraum statt.

Ich schließe die Sitzung.

E n d e d e r S i t z u n g : 12:57 Uhr.